

*Liebe Freunde,  
sehr geehrte Damen und Herren,*

in Berlin ist gestreikt worden. Alle U- und Straßenbahnen und die meisten Busse fuhr ca. vierzig Stunden lang nicht mehr. Die Wiederholung und zeitliche Ausdehnung des Streiks ist nicht ausgeschlossen. Den Schaden eines solchen Streiks haben die Benutzer und natürlich "die Wirtschaft" zu tragen, bei der vermutlich der größte Teil der Menschen beschäftigt sind und ihren Arbeitslohn beziehen.

In den veröffentlichten Meinungen wird so getan, als seien da zwei Kontrahenten mit entgegengesetzten Interessen, "Arbeitgeber" und "Arbeitnehmer", die in einem "Arbeitskampf" ihre "Muskeln spielen lassen". Alles Vokabeln, die benutzt werden. Tatsache ist jedoch, daß die "Arbeitgeber" und "Arbeitnehmer" die Bürger und Bürgerinnen der Stadt und des Landes Berlin sind, auch wenn die Berliner Verkehrs-Gesellschaft (BVG) privatrechtlich organisiert ist und manchmal auch "Eigenbetrieb" genannt wird. Die BVG macht keinen Gewinn und ist noch keinem "Investor" zum Opfer gefallen. Die BVG wird einzig und allein von den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt finanziert, entweder über die Fahrpreise oder durch Zuschüsse aus dem Steueraufkommen. Es ist die gleiche Geldtasche, nur die Konten haben eine unterschiedliche Nummer.

Die Lohnforderungen der gewerkschaftlich organisierten BVG-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter, Forderungen, die ich nicht kommentieren will, sind ein klassisches Beispiel für die Notwendigkeit einer Direkten Demokratie. Die Bürgerinnen und Bürger müssen über Lohnstrukturen und Lohnveränderungen abstimmen. Sie müssen in freier Diskussion abwägen, wieviel ihnen die BVG und ein zufriedenes Personal wert sind, d.h. wieviel sie bereit sind, dafür zu zahlen. Damit die Diskussion zu einem fruchtbaren Gespräch führt, müssen "überschaubare Plattformen" in den Bezirken und "Kiezen" geschaffen werden. Wir können das "Nachbarschaften" oder "Runde Tische" nennen. Sie sollten nicht mehr als fünfhundert Bürger umfassen, weil sonst das notwendige Gespräch nicht mehr funktioniert. Die Geschäftsleitung der BVG, die Gewerkschaften, die Verwaltung und Regierung des Landes Berlin sind verpflichtet, die notwendigen Informationen zu geben. Nach einem ebenfalls überschaubaren Zeitraum sollte

eine detaillierte Volksabstimmung stattfinden. Lesen Sie dazu die Beiträge auf Seite 2 und 3 ff dieser Ausgabe.

Der Beitrag von Norman Paech auf Seite 5 ff ist eine sehr detaillierte Bestätigung meiner Ausführung zum Kosovo im Editorial der Januar-Ausgabe. Ich wollte sie Ihnen nicht vorenthalten. Übrigens - es sind ja nicht nur die Kurden und die Basken, die sich im Bedarfsfall auf eine Anti-UN-Fehlentscheidung der "Westmächte" berufen werden. Es sind auch die Völker Afrikas, kulturell gedemütigt durch die europäischen Kolonialherren, durch willkürliche Grenzziehungen geteilt, die (siehe aktuell Kenia) führen. Oder die Völker Chinas. Gründe, die Menschen gegeneinander aufzustacheln, gibt es meistens genug. Auch die deutsche Rüstungs- und Wohltätigkeits-Industrie profitiert davon.

Frieden bewahren muß in der Politik an erster Stelle stehen.

Sie erwarten sicher von mir, daß ich einiges zu der Welt-Finanzkrise schreibe. Ich muß Sie vorerst mit einem Ausschnitt aus einem Beitrag von Josef Reindl unter der Überschrift **>Wird das Saarland kommunistisch<** in der Wochenzeitschrift FREITAG vom 25. Januar zufrieden stellen: *>Es ist noch keine 20 Jahre her, da war der Kommunismus als alternatives Gesellschaftsmodell restlos desavouiert und sein größter Denker ein toter Hund. Für den Kapitalismus hätte mit der unerwarteten Abdankung des indisponierten Systemrivalen ein Goldenes Zeitalter beginnen können. Die ganze Welt lag ihm zu Füßen, bereit, seine Segnungen in Empfang zu nehmen. Bessere Zeiten gab es für die Kapitalisten dieser Welt und ihre politischen Vor- und Hintermänner nie. Sie besaßen die Gelegenheit, den Beweis ihrer zivilisatorischen Mission, die ihnen Marx im kommunistischen Manifest so emphatisch attestiert hat, anzutreten und die Welt ein klein wenig besser zu machen. Sie haben sie - das kann man bereits nach einem Herzschlag der Geschichte sagen - erbärmlich verspielt. In seiner Maßlosigkeit hat der Kapitalismus keine Anstalten gemacht, die Welt zu entwickeln, sondern ihr eine Ordnung oktroyiert, die er in seinen Stammländern nicht zu praktizieren wagte. Wo die Welt störrisch war, hat er sie mit Krieg überzogen und wundert sich, daß eine der Antworten auf seine imperiale Anmaßung der Terror ist.<*

Während Krieg mit dem demokratischen Engagement der Bürger verhindert werden muß, sollte die Wirtschaftsordnung mit dem

gleichen Engagement verändert werden. Wir brauchen regionale Wirtschaftsräume mit dem Bewußtsein, möglichst viele (alle) Produkte aus dem Wirtschaftsraum zu bevorzugen. Wir müssen das Geld, welches wir in dieser Region verdienen, regional ausgeben. Wenn wir das nicht wollen, dann werden anstatt Weltwirtschaftskrisen Existenzkrisen kommen, Hungersnöte und Kriege. Diese, die Kriege, werden schon vorbereitet, wie u.a. Texte der vorliegenden Ausgabe zeigen. Der eben zitierte Artikel in FREITAG enthält noch einen interessanten Absatz: *>Gemütlichkeit als Markenzeichen einer Region zu verkünden, dazu gehört heute großer Mut. Die Ideologen der Marktradikalisierung fürchten nichts mehr als Menschen, die sich einrichten, sich selbst genug sind und ihren Wert nicht aus ihrer Produktivität ableiten, sondern aus ihrem Menschsein. Ihr Projekt ist gerade die Austreibung der Gemütlichkeit; alle sollen möglichst zu Soldaten im Produktivitätskrieg der Nationen werden. Deshalb spricht auch Peter Müller lieber vom Aufsteigerland, das die industrielle Altlast abschütteln will. Er ist zwar kein Neoliberaler, aber er möchte es sich mit denen auch nicht verderben.<*

Und ebenfalls aus FREITAG gleichen Datums, aber von Wieland Efferding unter der Überschrift **>Erinnerungscamps für Politiker<** das letzte Zitat: *>Die Ökonomen melden, die Verteilung des Reichtums, gemessen am sogenannten Gini-Koeffizienten, nähere sich in Deutschland US-amerikanischen Verhältnissen an. So könnte das Programm des Neokonservatismus in Deutschland zusammengefaßt werden. Die deutsche Gesellschaft, im Kalten Krieg zum Konsummonster am "Eisernen Vorhang" hochgemästet, sollte endlich auf kapitalistisches Normalmaß einer "stratifizierten", also einer offenen Klassengesellschaft zurückgestuft werden. Rückzug des Staates aus sozialen und ökonomischen Verantwortungen, Privatisierung, Ausdehnung von Marktmechanismen auf möglichst viele gesellschaftliche Bereiche, plus starker Staat in den administrativen und polizeilichen Bereichen, um die Folgen des härteren sozialen Klimas "abfedern" zu können - das war und das ist das neokonservative Programm.<*

Mit freundlichen Grüßen

(Dieter Kersten)

abgeschlossen am 22. Februar 2008



---

## Alle "staatstragenden" Parteien haben ihre Daseinsberechtigung verloren.

>Man macht es sich zu einfach, die hier losgetretene Wahlkampfdynamik Roland Koch in die Schuhe zu schieben, auch wenn der unmittelbar dafür verantwortlich zeichnet. Wer die Kritik auf diese moralisch korrupte, überdurchschnittlich zynische Politikerfigur reduziert, der übersieht, daß der Mann tatsächlich im Zentrum der politischen Klasse steht. Bisher hat sich keiner der CDU-Kollegen wirklich von ihm distanziert, obwohl sie alle spätestens seit seiner schmutzigen Wahlkampagne von 1999 und seiner noch verwerflicheren Rolle als brutalst möglicher Mitwisser eines Parteispenden-Skandals wissen, wes Geistes (oder Ungeistes) Kind er ist. Im Gegenteil: Sie haben sich stets mit Kameraderie und Opportunismus um den kalten Machterverbstaktiker geschart und stehen auch jetzt wieder hinter ihm, einschließlich der feigen Kanzlerin. Daß der politischen Klasse selbstredend auch der derzeitige Koalitionspartner zugerechnet werden muß, das offenbart die Kleinmütigkeit, mit der es der SPD miß-

lingen muß, der Koch'schen Provokation zu widerstehen. Wer einen Koch nicht moralisch ausgrenzt (wie es etwa Landtage mit der NPD tun), der wird für ihn als politischem Geschäftsmann mitverantwortlich.<

(D.K.) Dieser Text stammt von Ekkehard Krippendorf. Ich fand ihn so treffend und in der Wochenzeitschrift FREITAG vom 18. Januar unter der Überschrift >Mit 12 in den Knast<. Nach verlorener Wahl in Hessen krauchen die "Ratten" aus ihren Löchern und verkünden in Anzeigen und Verlautbarungen ihre Solidarität mit den Migranten. Was für eine Verlogenheit! Ein verqueres, absurdes Deutschland.

Die Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen am 27. Januar gehören der Geschichte an, die Folgen sind interessante Gegenwarten. Sie wissen, daß ich die politischen Parteien jedweder Art für nicht politikfähig halte, wenn wir uns darauf verständigen, daß Politik etwas mit Selbstbestimmung der Bürger (Demokratie) zu tun hat.

Wahlen zu den Parteien-Parlamenten sind Momentaufnahmen. Wir hatten es schon bei der letzten Bundestagswahl, wenn Sie sich erinnern, als trotz des etwas schlechteren Ergebnisses der SPD der damalige Bundeskanzler

Schröder behauptete, er wäre der Sieger. Tatsächlich, es gab eine eindeutige Mehrheit links von CDU/CSU, die aber nicht realisiert werden konnte. Die SPD behandelte DIE LINKEN als lästige Konkurrenz und Schmutzkind. Dadurch fiel ein Koalitions- oder Duldungspartner aus. Dann suggerierte die gemachte, veröffentlichte Meinung dem verduzten Publikum, der Wähler hätte eine Große Koalition mit Frau Merkel (CDU) als Bundeskanzlerin gewollt. Punktum.

Die fast gleiche Situation haben wir jetzt in Hessen. Hier behauptet die SPD, vertreten durch die hessische SPD-Vorsitzende Ypsilanti, Koch wäre durch das Volk abgewählt (ein Drittel der Wähler ging nicht zur Wahl), und die SPD hätte einen Regierungsauftrag. Es wiederholt sich: Es stimmt, es gibt eine Mehrheit links von der CDU. Die SPD aber behandelt wieder DIE LINKEN als lästige Konkurrenz und Schmutzkind, und wird darum nicht um eine "Große Koalition" herumkommen.

Ich bin kein Anhänger der Partei DIE LINKE. Sie ist immer "staatstragend" gewesen, zumindest, soweit sie aus der DDR kommt. Sie trägt die Verantwortung für die Politik der DDR-Regierungen.

Übrigens, mit der Partei DIE GRÜNEN haben es die etablierten Parteien ähnlich getrieben wie mit der Partei DIE LINKE, ja, bis sie ihre Gründungsvorsitzenden August Haufleiter und Petra Kelly los und versessen darauf waren, "regierungsfähig" zu werden. Sie vergaßen, daß sie einstmals als Anti-Partei und als Anti-Kriegspartei angetreten waren. Sie vergessen immer noch ihre Wurzeln. Sie sind eine "etablierte" Partei geworden, worauf sie auch noch stolz sind. An dieser Geschichte aller Parteien, können wir eine "innere Gesetzmäßigkeit" beobachten: Wahl, Macht, Machterhalt und Ausgrenzung ... zum Schluß so etwas wie eine partei-parlamentarische Diktatur à la Schäuble & Co.

**Einschub:** Am 2. Februar meldet die Internet-Suchmaschine Yahoo einen Einbruch bei Brigitte Zypries: *Berlin (AFP) - Unbekannte Diebe haben aus der Berliner Wohnung von Brigitte Zypries (SPD) zwei Laptops gestohlen. Wie die "Berliner Morgenpost" berichtet, entdeckte das Landeskriminalamt keine Spuren eines gewaltsamen Einbruchs. Den Einbruch habe die Ministerin deshalb auch erst Tage später bemerkt. Ein Ermittler sprach von einer "chirurgischen Tat", bei der es Profis offenbar gezielt auf die elektronischen Daten der Politikerin abgesehen hatten. Allerdings*

*sollen sich auf den beiden Computern keine brisanten Daten befunden haben.*

*"Ein Einbruch bei einer solch einflussreichen Frau wird nicht aus einer Laune heraus begangen", sagte ein Beamter dem Blatt. Er schloß nicht aus, "daß es sich um eine politisch motivierte Tat handelt". Die Ermittler rechneten nicht damit, dass die beiden Geräte wieder auftauchen.*

*Zum Zeitpunkt des Einbruchs soll die Wohnung von Brigitte Zypries unbewacht gewesen sein, die Ministerin befand sich laut dem Blatt nicht zu Hause. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei dauerten an.*

Schäuble und Zypries sind erst vor kurzem auf dem 11. Europäischen Polizeikongreß in Berlin aneinandergeraten. Es ging um die Datenvorratsspeicherung von unbescholtenen Bürgern. Einer der Hauptakteure auf diesem Polizeikongress war der EU-Kommissar Franco Frattini. Er ist zuständig für Justiz, Freiheit und Sicherheit und arbeitet mit Schäuble eng zusammen. Frattini gehört der Berlusconi-Partei Forza Italia an und kann getrost als "Rechtspopulist" bezeichnet werden. Bekommen wir also in Deutschland "italienische Verhältnisse"?

Aber zurück zu den Parteien. In dem Beitrag von Wolfgang Engler **MEINUNG und Mei-**

**nungen** auf Seite 2 ff. wird im Vorspann gefragt: **Fehlt es an Konzepten? Fehlt es an Ideen? Fehlt es am Mut?**

Ja, den Parteien fehlt es an Konzepten, an Ideen und an Mut. Sie wären ja sonst nicht Parteien, Machterhaltungsbünde bzw. Schutzbünde gegen neue Ideen. Jede neue Idee treibt den Parteiführern den Schweiß in die Stirn. Diese Selbstkastration der Parteien ist so offensichtlich, daß es an der Zeit ist, die Bürger aufzurufen, sich in den Gemeinden zu "Runden Tischen" zusammenzufinden, um gezielt und von unten her, den Parteimachhabern die ausgleichende Mitbestimmung der Bürger entgegenzusetzen.

Wenn diese Art der Mitbestimmung auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene institutionalisiert sein wird, dann werden wir sehen, ob und wie sich die Strukturen der Parteien verändern. Auf dem Weg dahin sind Volkstische eine notwendige Begleitung. Die rücksichtslose, neoliberale Globalisierung verlangt z.B. nach neuen Wirtschafts-Konzepten, die die Bürger in freier Diskussion entwickeln müssen. Die rücksichtslose Einschränkung von Freiheit unter der perfiden Losung "Kampf dem Terror" ist Terror an sich. □

## 11. September 2001

(D.K.) Ich habe mich von den Spekulationen bzw. Verschwörungstheorien rund um den **11. September 2001** fern gehalten, weil ich die mir zugesandten zahlreichen Texte bzw. genannten Internet-Nachrichten schwer nachprüfen kann. Hinzu kommt leider, daß viele Vertreter von Verschwörungstheorien eine nahezu verbohrt, blumige und aufgeregte Art der Darstellung von möglichen Fakten praktizieren, daß ich mich entsetzt abwende. Ein absolut schlechtes Beispiel ist die Internetseite [www.secret.tv](http://www.secret.tv), auf der Sie fast alle Verschwörungen und deren Techniken sensationshysterisch aufbereitet finden. Verantwortlich für den Inhalt zeichnet Johann G. Holey, dessen Pseudonym als Buchautor Jan van Helsing ist.

Das Thema **11. September 2001** kommt in 97 Büchern vor, die unter [www.buchhandel.de](http://www.buchhandel.de) bei dem Stichwort angezeigt werden. Ich kann Ihnen zwar jedes Buch beschaffen, aber nicht annähernd sagen, dies oder jenes Buch enthält den Schlüssel zur Wahrheit oder Erkenntnis.

Nun hat mich dankenswerterweise ein Leser auf eine Veröffentlichung in der Schweizer Wochenzeitschrift **Zeit-Fragen**, Nr. 49 vom 10. Dezember 2007 hingewiesen. Ich dokumentiere diesen Text:

**>Ex-Staatspräsident Francesco Cossiga: 9/11 war eine >fasle flag operation< westlicher Geheimdienste**

*a.m. Die angesehenere italienische Tageszeitung >Corriere Della Sera< gibt in ihrer Online-Ausgabe vom 30. November ([\*ca/07\\_novembre\\_30/osama\\_berlusconi\\_cossiga\\_27f4ccee-9f55-11dc-8807-0003ba99c53b.shtml\*\) die Stellungnahme des früheren italienischen Staatspräsidenten Francesco Cossiga wieder, wonach die Tatsache, daß die >Angriffe< vom 11. September 2001 auf das World Trade Center in Manhattan, New York, von amerikanischen und nahöstlichen Geheimdiensten inszeniert wurden, den Geheimdiensten der Welt allgemein bekannt waren und sind.](http://www.corriere.it/politi-</a></i></p></div><div data-bbox=)*

*Cossiga war von 1983 bis zu seiner Wahl in das Amt des italienischen Staatspräsidenten 1985 Präsident des italienischen Senats. Er galt während seiner gesamten Amtszeit bis 1992 allgemein als ehrlich und unbestechlich, wodurch er auch den Respekt seiner politischen Gegner erwarb.*

*Zum Rückzug aus der Politik wurde er gezwungen, nachdem er das politische Establishment Italiens und der Nato dadurch gegen sich aufgebracht hatte, daß er die Existenz der >Operation Gladio< und seine eigene Rolle bei deren Organisation öffentlich gemacht hatte. Cossigas Enthüllungen führten im Jahr 2000 zu einer parlamentarischen Untersuchung der Aktivitäten von Gladio in Italien, in deren Verlauf bekannt wurde, daß Geheimdienste der USA und der Nato verdeckte Terroroperationen >unter falscher Flagge< durchgeführt hatten, die unter der Zivilbevölkerung zahlreiche Opfer forderten. Das Ziel war damals, den Terror angeblich linken Gruppierungen unterzuschieben, um die Bevölkerung gegen die Kommunisten aufzubringen und den Ruf nach verstärktem Staatseinsatz zu fördern.*

*Den größten propagandistischen Betrug der Geschichte zu Lasten der Weltöffentlichkeit kommentierte Cossiga nach dem Bericht des >Corriere Della Sera< sinngemäß wie folgt: >Angeblich soll*

*bin Laden die Angriffe des 11. September 2001 auf die beiden Türme in New York zugegeben haben - dabei wissen alle Geheimdienste Amerikas und Europas sehr genau, daß dieser verhängnisvolle Angriff von der amerikanischen CIA und dem Mossad geplant und ausgeführt wurde, um die arabischen Länder des Terrorismus beschuldigen und den Irak und Afghanistan angreifen zu können.<*

*Bereits 2001 hatte Cossiga seine Zweifel an der offiziellen Verschwörungstheorie der Bush-Administration geäußert und darauf hingewiesen, daß die Angriffe ohne eine Infiltration des Personals der amerikanischen Radar- und Flugsicherungssysteme nicht hätten durchgeführt werden können.*

*Baufachleute verweisen zudem seit langem darauf, daß die Symmetrie und der zeitliche Ablauf des Zusammensturzes der Türme nur mit dem Einsatz von Sprengstoff zu erklären sind und Feuer als Einsturzursache eindeutig ausscheidet.*

*Die Tatsache, daß die seriöse und allgemein respektierte Zeitung >Corriere Della Sera< den ebenso allgemein respektierten früheren Staatspräsidenten Italiens gerade jetzt mit dieser Stellungnahme zitiert und damit der Behauptung den Boden entzieht, es handele sich dabei um Auswüchse versponnener Verschwörungstheorien, ist bemerkenswert. Offenbar sollen europäische Spitzenpolitiker deutlicher als bisher darauf hingewiesen werden, daß die blinde Gefolgschaft in Sachen Völkermord und Angriffskrieg einschließlich der so genannten >Operation Enduring Freedom< mit nichts zu rechtfertigen ist und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellt - mit allen auch persönlichen Konsequenzen, für die die Nürnberger Prozesse ein klares Präjudiz sind <. □*



## Eine notwendige Erinnerung

(D.K.) In der Schweizer Wochenzeitschrift **Zeit-Fragen**, Nr. 5 vom 29. Januar schreibt Jürgen Elsässer, auch FREITAG-Mitarbeiter, über das gleiche Thema. Vielleicht sollten wir mit Hilfe von Herrn Elsässer unser Geschichts-Kurzzeitgedächtnis aufpeppen: > *Wie sehr Südosteuropa nach wie vor Zündfunke für einen internationalen Großkonflikt sein könnte, zeigte sich zuletzt in den Tagen nach dem 10. Juni 1999. Eigentlich war die jugoslawische Armee nach 78 Tagen Nato-Bombardierung schon zum Rückzug aus dem Kosovo bereit, das entsprechende Militärabkommen zwischen Belgrad und dem Nordatlantikpakt war ebenso unterschrieben wie die UN-Resolution 1244. Doch während die Truppen von Präsident Slobodan Milosevic abrückten, stießen völlig unerwartet russische Einheiten aus Bosnien nach Pristina vor. Auf ihren Panzern hatten die Soldaten die Aufschrift SFOR, die sie als Teil der UN-mandatierten Stabilisierungstruppe im Nachbarstaat auswies, hastig zu KFOR umgepinselt. KFOR, das war die gerade erst beschlossene Besatzungstreitmacht für Kosovo. Der russische Präsident Boris Jelzin hatte zugestimmt, daß sie unter dem Oberbefehl der Nato gebildet wurde - doch seine Generäle wollten wenigstens dafür sorgen, daß Rußland einen strategischen Brückenkopf erhielt. Der ehemalige deutsche Außenminister Joseph Fischer berichtet in seinen Memoiren, wie dramatisch die Situation war: "Die wenigen russischen Fallschirmjäger konnten die Nato nach deren Einmarsch in den Kosovo nicht wirklich herausfordern, dazu war ihre Zahl zu gering und ihre Bewaffnung zu leicht. Die Besetzung des Flughafens konnte gleichwohl nichts anderes heißen, als daß sie aus Rußland eintreffende Verstärkung aus der Luft erwarteten, und daraus konnte sich sehr schnell eine sehr gefährliche direkte Konfrontation mit den USA und der Nato entwickeln. [...] Die Situation wurde noch gefährlicher, als die Nachricht bestätigt wurde, daß die russi-*

*sche Regierung um Überflugrechte für Antonow-Truppentransporter bei den Regierungen in Ungarn, Rumänien und Bulgarien nachgesucht hatte. Es bestand die Absicht, 10 000 Soldaten auf dem Luftweg nach Kosovo oder auch nach Bosnien zu verlegen, um von dort über den Landweg nach Kosovo zu gelangen. Die Ukraine hatte die Überflugrechte bereits erteilt, aber die anderen Regierungen blieben unerschütterlich bei ihrem Nein. Was aber, wenn die russischen Maschinen dennoch geflogen waren? Würden die USA und die Nato sie dann an der Landung hindern? Oder an der Entladung am Boden? Oder die Flugzeuge gar in der Luft abschießen? Hier zeichnete sich die Möglichkeit eines Dramas mit unabsehbaren Folgen ab."*

*Parallel zum Nervenkrieg um die russischen Flugzeuge spitzte sich die Krise am Flughafen Pristina zu. Die schnell nachrückenden Truppen des britischen KFOR-Kontingents hatten die Kanonen auf die renitenten Besetzer des Flugplatzes gerichtet, Nato-Oberbefehlshaber Wesley Clark gab die Order zum Sturmangriff - da bewahrte ein Mann seine Kaltblütigkeit und verweigerte den Befehl. Michael Jackson, der britische Oberkommandeur der KFOR, brüllte den US-Amerikaner am Telefon an: "Ich werde doch für Sie nicht den dritten Weltkrieg riskieren."*

*Wie der Westen Präsident Jelzin dazu brachte, die Antonow-Truppentransporter zu stoppen, ist nicht bekannt. Das Gefecht um den Flughafen Pristina wurde jedenfalls nur verhindert, weil Jackson standhaft blieb. Clark nahm den Ungehorsam hin, eigentlich hätte er den Befehlsverweigerer von der Militärpolizei festnehmen lassen müssen. Ein deutscher General hat das im nachhinein kritisiert. "Das schwächliche Zurückweichen von Briten und Amerikanern war sicher die falsche Antwort in einer Situation, die niemals zu einem ersten Konflikt zwischen der Nato und Rußland geführt hätte", schrieb Klaus Naumann, damals Vorsitzender des Nato-Militärausschusses und damit höchster europäischer Offizier im Bündnis. <*



## Kleiner Kulturspiegel

(D.K.) Die **Staatsoper Berlin** hat die Tradition, zu den Stücken ihrer Inszenierungen ein kleines Büchlein zu edieren, gut gebunden und gut redigiert, in dem nicht nur die Textvorlage der jeweiligen Oper, sondern auch - meistens - sehr interessante, informative Begleittexte veröffentlicht werden. Dieses Buch hat leider keine ISBN-Nummer und kann im Buchhandel nicht bestellt werden. Sie können es als Opernbesucher für das jeweilige Stück vor Ort zusammen mit dem kostenlosen Programm erwerben. Es kostet, meiner schlechten Erinnerung nach, zwischen 11 und 15 Euro. Ob Sie dieses Büchlein schriftlich bestellen oder an der Theaterkasse erwerben können, habe ich noch nicht probiert. Meine Vorrede gilt dem Besuch einer Aufführung von *Le nozze de Figaro - Die Hochzeit des Figaro* von Wolfgang Amadeus Mozart am Mittwoch, den 9. Januar 2008. Es handelt sich um die 61. Vorstellung nach der Premiere am 21. Mai 1999; die musikalische Leitung hatte Dan Ettinger, die Inszenierung besorgte Thomas Langhoff. Die Aufführung fand in der Original-Sprache Italienisch statt, die Leuchtschrift oberhalb der Bühne gab die deutsche Übersetzung wieder.

Ich hatte das Stück bereits am 4. April 2000 in der **Komischen Oper**, in einer Inszenierung von Harry Kupfer nach einer Übersetzung von Walter Felsenstein, gesehen. Sie können den Text (Kommentar- und Informationsbrief NEUE POLITIK, Ausgabe Juni 2000) im Internet auf der Seite [www.neuepolitik.com](http://www.neuepolitik.com) unter **Kultur** nachlesen. Ich verzichte deshalb auf eine Beschreibung der Geschichte der Oper. Über die Inszenierung selbst hatte ich wenig geschrieben, außer daß ich den politischen Charakter des Stückes hervorgehoben habe. Wahrscheinlich war der Name Walter Felsenstein, der Nachkriegsgründer der **Komischen Oper** und Vorgänger von Harry Kupfer dafür verantwortlich.

Mozart selber ist in seiner Zeit "politischer" gewesen, als manche Anhänger seiner exzellenten Musik wahrhaben wollen.

Die Inszenierung in der **Staatsoper Berlin** scheint mir etwas lockerer und freundlicher zu sein, als damals in der **Komischen Oper**. Das Bühnenbild der Staatsoper-Aufführung war in den ersten Szenen unaufgeregt sparsam, fing dann aber an, für das Auge etwas anzubieten. Die Interpreten waren alle sehr gut "bei Stimme" und spielten ihre Rollen überzeugend - wenn ich mir auch eine etwas jünger aussehende Susanna gewünscht hätte.

Zum Abschluß will ich aus dem eingangs erwähnten Büchlein einige Textstellen zitieren, die ich besonders gut und informativ empfinde. Ich zitiere aus dem Beitrag von Manfred Hagedler, der folgende Überschrift hat: *"Welttheater der Liebe" - Utopie und Realismus in den Charakteren von Mozarts "Figaro": "Frau Gräfin, Vergebung!" oder original italienisch "Contessa perdono", fleht Graf Almaviva zu Füßen seiner Ange-*

*trauten am Ende eines tollen Tages und eines verhinderten Seitensprungs. Und das nach dem unversöhnlichen sechsfachen Nein aus gleichem Munde, als er Sekunden zuvor selbst um Vergebung gebeten wird von der als Gräfin verkleideten Zofe Susanna, dem Kammerdiener Figaro, dem Pagen Cherubino, dem Gärtner Antonio, dessen Tochter Barbarina, der Figaro-Mutter und künftigen Arztgattin Marcellina und dem Musikmeister Basilio. Sie alle haben eben erst ihren Herrn kniefällig, aber durchaus unernst um Verzeihung gebeten, und er hat sie ernst und brüsk verweigert. Das bloße Erscheinen der Gräfin klärt die Verkleidungsposse, löst die Verwirrung, offenbart das gräßliche Unrecht, seine angemäßte, grundlose Eifersucht und verwandelt den aufgeblasenen Rache-Engel in einen reuigen Sünder. Ganze vier Andante-Takte in G-Dur, eine schnörkellose, eindringlich gesteigerte Bittgeste benötigt Mozart, um den Wandel eines Saulus zu einem Paulus zu beglaubigen. Mozarts Musik läßt keinen Zweifel an der Redlichkeit dieses Wandels zu. Nur ohrenlose Regisseure lassen ihren Grafen im abschließenden turbulenten Allegro-Finale dieses tollen Tags unter den Töchtern des Schlosses nach neuen Opfern seiner Schürzenjägerei suchen und der kleinen Barbarina neuerlich ans Mieder gehen. Mozarts Noten belegen solches Tun nicht, Doppelsinn und Laster liegen ihnen fern. Er läßt an des Grafen Liebesfähigkeit keinen Zweifel und bezeugt ihm im*



Wolfgang Amadeus Mozart 1789, Silberstiftzeichnung von Doris Stock

*Augenblick sogar Treue. Die Gräfin verzeiht mit einer ganz eng verwandten musikalischen Phrase, ergänzt durch eine kokette kleine musikalische Verzierung, und besiegelt so die Versöhnung. Die Palastrevolte gegen Adelsdünkel und das angemäßte feudale Recht der ersten Nacht erreicht den Verursacher des moralischen Aufstands, zwingt auch ihn in den Bann der Humanität und entbindet dabei auch seinen menschlichen Kern, sein humanes Fühlen.*

*..... Doch Mozart malt andererseits auch kein Gemälde mit pausbäckigen, harmlosen Strahlern und -weibern, sondern er schafft Menschenbilder von aufgeklärter Differenziertheit, voller Hoffnungen, dennoch mit Abgründen und Widersprüchen. .... Der Diener gleicht seinem Herrn, beide, Figaro wie Almaviva, offenbaren sich als erziehungsbedürftige, wenn auch nicht ganz hoffnungslose Machos."*

Zweidrittel der Theaterplätze waren besetzt. Da Ferien waren, hätte ich mir gewünscht, daß mehr junge Besucher anwesend gewesen wären.

Es war ein schöner Abend in einem schönen Haus. □

# Informationen

(D.K.) In der Ausgabe März/April 2007 machte ich Sie bereits mit der **Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG)** bekannt. Am 23. Juli 2007 erhielt ich wieder einen umfangreichen Newsletter, u.a. mit dem Thema **Grundgesetzänderung für mehr Generationengerechtigkeit: 1. Lesung wohl im September** mit folgendem Text: Am 10.11.2006 haben mehr als 100 Abgeordnete einen Gesetzentwurf für Generationengerechtigkeit im Grundgesetz eingebracht. Die Initiative dazu ging von jungen MdB von SPD, CDU-CSU, Grünen und FDP aus, nicht von den Fraktionsspitzen. Die SRzG hatte im Vorfeld drei Jahre an den Formulierungen des Antrags mitgearbeitet. Wie die SRzG nun aus den Kreisen der jungen Abgeordneten erfuhr, soll der Antrag im September 2007 behandelt werden - tagsüber! Warum passierte seit November letzten Jahres nicht mehr? Dies ist ein wichtiges Lehrstück, wie Demokratie funktioniert. (Anmerkung DK: in der in Deutschland eingeführten Parteiendemokratie = "Teile und herrsche" = spiele die Menschen gegeneinander aus). Eigentlich müssen Anträge innerhalb eines halben Jahres behandelt werden. Darauf haben die zumeist jungen Antragsteller aber nicht gepocht, weil er sonst eventuell zur Nachtzeit auf die Tagesordnung gesetzt worden wäre. Dies hätte bedeutet, daß er ohne jede Öffentlichkeit ein stilles Ende im Protokoll gefunden hätte. Ob ein Antrag tagsüber oder nachts auf die Tagesordnung bzw. Nachtordnung kommt, entscheiden die Geschäftsführer, wobei jede Partei entsprechend ihrer Größe Aufsetzungsrechte hat. Einzelne Abgeordnetengruppen sind hierbei oft auf das Wohlwollen der Fraktionsspitze angewiesen. Bei diesem Antrag kommt hinzu, daß er interfraktionell ist und die kleinen Parteien nicht ihre wenigen Aufsetzungsrechte aufbrauchen wollten. Mit der dritten Lesung wird sich entscheiden, ob Deutschland zu der Ländergruppe aufschließt, die Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit in der Verfassung verankert haben. Oder ob der Nachweltschutz bei uns weiterhin vernachlässigt wird. Es bleibt spannend. Mehr:

<http://www.generationengerechtigkeit.de>  
Klicken Sie diese Adresse an und bleiben Sie hartnäckig. Sie kommen schließlich auf eine PDF-Datei mit sehr viel Text, den ich hier nicht wiedergeben will. Nur den Änderungsantrag für das Grundgesetz dokumentiere ich. Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen; Artikel 79 Abs. 2 des Grundgesetzes ist eingehalten:

## Artikel 1

### Änderung des Grundgesetzes

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Nach Artikel 20a wird folgender Artikel 20b eingefügt:

## " Artikel 20b

### [Generationengerechtigkeit]

Der Staat hat in seinem Handeln das Prinzip der Nachhaltigkeit zu beachten und die Interessen künftiger Generationen zu schützen."

2. Artikel 109 Abs. 2 wird wie folgt gefaßt: "Bund und Länder haben bei ihrer Haushaltswirtschaft den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, dem Prinzip der Nachhaltigkeit, sowie den Interessen der künftigen Generationen Rechnung zu tragen."

## Artikel 2

### Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am ... in Kraft.

Die 1. Lesung hat inzwischen im Bundestag am 11. Oktober 2007 stattgefunden. Sie können das Protokoll auf der Webseite der Stiftung nachlesen.

Die **Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen** ist unter der Internet-Adresse [www.generationengerechtigkeit.de](http://www.generationengerechtigkeit.de) zu finden, die normale Postanschrift lautet: Postfach 5115, 61422 Oberursel, Tel: 0 61 71 - 98 23 67, Fax: 061 71 - 95 25 66.



Campact e. V. macht weiterhin Dampf in den gesellschaftspolitischen Fragen und fehlenden Antworten unserer Zeit. Am 8. Oktober erhielt ich eine Email mit folgender Bitte: > Lieber Herr Dieter Kersten, in deutschen Pflegeheimen wird die Würde der Menschen verletzt: Jede dritte bedürftige Person bekommt nicht einmal genug zu essen und zu trinken. Die Bundesregierung kann diese Katastrophe jetzt entschärfen: Fieberhaft arbeitet sie an einer Pflege-Reform. Doch die Pläne der Politik sind enttäuschend - die Qualitätssünder unter den Pflegeanbietern machen ihren Einfluß geltend. Verleihen Sie nun jenen eine Stimme, die keine schlagkräftige Lobby besitzen: Fordern Sie die Verantwortlichen in der Großen Koalition auf, endlich für die Würde der Alten und Schwachen einzutreten! Unterschreiben Sie den Appell an Gesundheitsministerin Schmidt und weitere Spitzenpolitiker/innen der Großen Koalition unter: <http://www.campact.de/pflege/sn1/signer.<>

Ich habe unterschrieben. Der Text des Appells lautet:

> Sehr geehrte Damen und Herren, Pflegebedürftige in Deutschland leben vielfach unter menschenunwürdigen Bedingungen. Mit der Reform der Pflegeversicherung können Sie dies jetzt ändern. Sichern Sie eine menschenwürdige Pflegequalität durch bessere Kontrollen und mehr Transparenz!

1. Pflegeeinrichtungen müssen jährlich und unangekündigt durch unabhängige Gutachter auf ihre Pflegequalität überprüft werden.
2. Qualitätskontrollen dürfen nicht zur zeitraubenden und sinnlosen Dokumentation jedes Handchs des Pflegepersonals führen. Stattdessen muß das tatsächliche Wohlbefinden der Bedürftigen überprüft werden.
3. Alle Prüfergebnisse müssen allgemein verständlich veröffentlicht werden. Die Entscheidung

über mehr Transparenz darf nicht den Qualitätssündern unter den Pflegeanbietern überlassen werden!

Die Würde des Menschen ist unantastbar - so steht es in Artikel 1 unseres Grundgesetzes. Sorgen Sie in der Großen Koalition dafür, dass dies auch für pflegebedürftige Menschen gilt!

Mit freundlichen Grüßen,  
Dieter Kersten, Wilhelmsaue 31, 10713 Berlin, Herausgeber des Kommentar- und Informationsbriefes NEUE POLITIK <

In der gleichen Email wurde ich ebenfalls gebeten, folgenden Appell zu unterzeichnen: > Anfang letzter Woche gingen die Koalitionsspitzen in der strittigen Frage der Online-Durchsuchung wieder ohne Einigung auseinander. Der öffentliche Druck scheint zu hoch zu sein, als daß sich die SPD ein Einknicken leisten könnte. Sie will das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Online-Durchsuchung abwarten. Anfang November möchte die Koalition erneut beraten. Die SPD darf auch dann nicht wackeln: Wir müssen weiter Druck machen! Über 8.400 Menschen haben eine E-Card an die Koalitionsspitzen geschickt - doch wir wollen noch mehr werden! Helfen Sie uns? Laden Sie Freunde und Bekannte zur Teilnahme an der Aktion ein:

<http://www.campact.de/troja/help/recommend>  
Wenn Sie selbst noch nicht teilgenommen haben, holen Sie dies gleich nach:

[<">http://www.campact.de/troja/sn1/signer <](http://www.campact.de/troja/sn1/signer)  
Ich habe den Appell unterzeichnet. Er lautet:

> Sehr geehrte Damen und Herren, mit einer E-Card unter der Adresse <http://www.campact.de/troja/ecard> erinnere ich Sie an das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Volkszählung von 1983: "Mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung wäre eine Gesellschaftsordnung nicht vereinbar, in der Bürger nicht mehr wissen können, wer was wann und bei welcher Gelegenheit über sie weiß."

Die Einführung von Online-Durchsuchungen ist mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung unvereinbar. Online-Durchsuchungen stellen einen Eingriff in den Kernbereich privater Lebensgestaltung dar: Computer enthalten oft intimste Daten über den gesamten Lebensweg von Bürger/innen.

Betroffene müssen sich gegen Eingriffe des Staates juristisch wehren können. Diese Rechtsweggarantie ist bei geheim durchgeführten Online-Durchsuchungen nicht gewährleistet.

Achten Sie die Grundrechte. Verzichten Sie auf die Einführung der Online-Durchsuchung!

Mit freundlichen Grüßen  
Dieter Kersten, Wilhelmsaue 31, 10713 Berlin, Herausgeber des Kommentar- und Informationsbriefes NEUE POLITIK. <

Postadresse:  
Campact e.V.; Kampagnen für eine lebendige Demokratie; Artilleriestr. 6;  
27283 Verden / Aller;  
Tel. 0 42 31 . 957 440; Fax 0 42 31 . 957 499.

Ich kann Ihnen nur empfehlen, es mir gleich zu tun und die Appelle ebenfalls zu unterzeichnen. □